

Stiftung KlimaWirtschaft zieht gemischte klimapolitische Bilanz des G7-Gipfels

Die gemeinnützige Stiftung KlimaWirtschaft bewertet einige der auf dem G7-Gipfel gefassten klimapolitischen Beschlüsse positiv. Das Forum der Staats- und Regierungschefs aus sieben Industrieländern sendet in den Vorbereitungen zum G20-Gipfel im September und der 28. UN-Klimakonferenz (COP 28) in Dubai im November 2023 jedoch nur teilweise die richtigen politischen Signale. Kritik äußert die Stiftung an den teils vagen Formulierungen bei einigen Beschlüssen und an der Rolle Deutschlands.

Die G7-Regierungschefs haben auf ihrem Gipfel in Hiroshima vom 19. bis 21. Mai 2023 unter anderen erstmals ein globales Ausbauziel für Erneuerbare Energien entlang der Vorschläge der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien beschlossen. Gleichzeitig bekannten sie sich nochmals zu einem weltweiten Ausstieg aus den fossilen Energien bis spätestens 2050 und einer Dekarbonisierung des globalen Energiesektors bis 2035.

„Gerade das globale Ausbauziel für die Erneuerbaren Energien ist ein sehr wichtiges Signal, dass die G7 es mit der globalen Energiewende ernst meinen und die Weltwirtschaft bei der grünen Transformation unterstützen wollen. Hinsichtlich der Steigerung der Energieeffizienz und beim weltweiten Kohleausstieg hätten wir uns jedoch mehr Klarheit gewünscht“, sagt Sabine Nallinger, Vorstandin der Stiftung KlimaWirtschaft. Aus Sicht der Stiftung müsse der Ausstieg aus der Kohleverbrennung in den OECD-Ländern bis 2030 und im Rest der Welt bis 2040 erfolgen, wenn das 1,5-Grad-Ziel noch eingehalten werden soll. „Entscheidend sei jetzt“, so Nallinger weiter, „dass die Initiative der G7 zum Ausbau der Erneuerbaren Energien auch von den G20 aufgenommen wird“. Zudem sollte bei der COP 28 ein inklusiver Klimaclub vor allem als Plattform zur globalen Transformation der Industrie präsentiert werden.

„Deutschland konnte während seiner G7-Präsidentschaft letztes Jahr wichtige Impulse, wie etwa den Klimaclub, setzen. Gemeinsam mit Japan hat es in Hiroshima allerdings dazu beigetragen, dass das Ziel des Ausstiegs aus den fossilen Energien verwässert wird. Zusätzliche öffentliche Investitionen in Gasinfrastruktur, etwa in Flüssiggas, sollen unter bestimmten Bedingungen möglich sein. Zudem muss die Bundesregierung, um international glaubwürdig zu bleiben, auch ihre klimapolitischen Hausaufgaben erledigen und zu einem Narrativ ‘Fortschritt durch Klimaschutz’ zurückkehren“, sagt Brick Medak, Leiter Europäische und Internationale Politik bei der Stiftung KlimaWirtschaft. Dafür müsse vor allem an klaren Vorgaben für die Sektoren im Klimaschutzgesetz festgehalten und das Heizungsgesetz zügig umgesetzt werden. Außerdem müsse die Ampel-Koalition den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen, einen Brückenstrompreis für die Industrie verabschieden und die Unterstützung des Globalen Südens bei der Klimafinanzierung mit sechs Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt 2024 und 2025 endgültig zusichern.

Über die Stiftung KlimaWirtschaft (zuvor Stiftung 2°)

Die Stiftung KlimaWirtschaft ist eine Initiative von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmern. Sie wurde 2011 unter dem Namen Stiftung 2° gegründet und hat sich 2021 in Stiftung KlimaWirtschaft umbenannt. Ziel der gemeinnützigen Stiftung ist die Förderung des Klimaschutzes sowie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Zu diesem Zweck bündelt und aktiviert die Stiftung KlimaWirtschaft die Verantwortungsbereitschaft, aber auch die Innovationskraft und Lösungskompetenz deutscher Unternehmen. Sie tritt an die Politik heran, um konkrete Möglichkeiten für die Transformation zur Klimaneutralität aufzuzeigen. Die Stiftung arbeitet hierbei parteiunabhängig sowie sektor- und branchenübergreifend. Die Unterstützer der Stiftung sind: AIDA Cruises, ALDI SÜD Dienstleistungs-GmbH & Co. oHG, Allianz SE, Aurubis AG, BNP Paribas Deutschland, DAIKIN Airconditioning Germany GmbH, Deutsche Bahn AG, DEUTSCHE ROCKWOOL GmbH & Co. KG, Deutsche Telekom AG, Dirk Rossmann GmbH, EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Eppendorf SE, Unternehmensgruppe Gegenbauer, GLS Gemeinschaftsbank eG, GOLDBECK GmbH, Heidelberg Materials, Interzero Circular Solutions Germany GmbH, Lanxess AG, Otto Group, OTTO FUCHS KG, Papier- und Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG, Phoenix Contact GmbH & Co. KG, PUMA SE, Salzgitter AG, Schüco International KG, Schwäbisch Hall-Stiftung bauen-wohnen-leben, STRABAG SE, thyssenkrupp Steel Europe AG, Union Asset Management Holding AG, Vonovia SE, VTG GmbH, Wacker Chemie AG.

Pressekontakt

Daniel Hufeisen, Pressesprecher

Telefon: +49 (0) 176 45651362

E-Mail: daniel.hufeisen@klimawirtschaft.org